

Mainz, 23. August 2007

Rechtsextremes Gedankengut beginnt in der Mitte der Gesellschaft

Der Bundesausländerbeirat hat sehr betroffen auf die Ereignisse im sächsischen Mügeln reagiert und seine Solidarität und sein Mitgefühl gegenüber den Opfern geäußert.

„Wir sind nicht nur bestürzt darüber, dass acht Menschen von einer gewalttätigen Horde durch eine Kleinstadt gejagt werden, die fremdenfeindliche Parolen skandieren; wir sind ebenso darüber bestürzt, dass ein Teil der Politik in gewohnter Routine das Geschehene herunterzuspielen versucht“, so der Vorsitzende des Bundesausländerbeirates Memet Kilic. Die Migrantvertretung erwartet von der Politik und der Öffentlichkeit, dass man den Rechtsextremismus an seine Wurzeln packt und aufhöre ihn als ein ausschließlich ostdeutsches Problem zu stigmatisieren.

Zahlreiche Untersuchungen und Studien der letzten Jahre, erinnert der Bundesausländerbeirat, hätten gezeigt, dass Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit kein Randproblem, sondern vielmehr in der Mitte der Gesellschaft zu finden sei. „Rechtsextreme Einstellungen sind durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern vorhanden, daher müssen wir ihn politisch in der Mitte der Gesellschaft angehen“, so Kilic. Jede gesellschaftliche Institution sei somit in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Bekämpfung dieses Phänomens zu leisten.

Programme gegen Fremdenfeindlichkeit dürften daher nicht nur auf die neuen Bundesländer beschränkt werden. Kilic: „Dass Ausländerfeindlichkeit eine besonders gewalttätige Form in Ostdeutschland zeigt, darf nicht den Blick darauf versperren, dass es die gesamtgesellschaftliche Stimmung und Haltung ist, die den Nährboden hierfür bereitet“.

Gerade die etablierten Parteien, betont der Bundesverband, würden die vorhandenen fremdenfeindlichen Haltungen in der Bevölkerung immer wieder aufgreifen, um Wähler an sich zu binden. Dies führe aber zu der fatalen Folge, dass Ausländerfeindlichkeit sich als unwidersprochener gesellschaftlicher Konsens verfestige.

„Es ist ein Skandal, dass Menschen wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe sich in Teilen der Bundesrepublik nicht mehr frei bewegen können. Es ist aber genauso ein Skandal, dass vor allem die politische Klasse nicht die Kraft findet, sich unmissverständlich von eigenen, fremdenfeindlichen Positionen zu distanzieren“, so Kilic.

Geschäftsstelle:

c/o AGARP

Frauenlobstr. 15-19

55118 Mainz

tel.: 06131/ 63 84 35

fax: 06131/ 67 94 37